

Zu Fragen 1 – 9

Um das Für und Wider des deutschen Kammerwesens möglichst breit zu erörtern, haben wir Grüne 2010 die wichtigsten Akteure zu einem Fachgespräch in den Deutschen Bundestag eingeladen. Neben den Vertretern der Kammerorganisationen und den Gewerkschaften waren auch Vertreter des Bundesverbandes für freie Kammern (bbfk) sowie Verfassungsrechtler anwesend. Als Ergebnis haben wir ein Positionspapier erarbeitet und darin unsere wesentlichen Kritikpunkte und Forderungen in Sachen Kammerwesen formuliert. Das Papier finden Sie auf unserer Internetseite unter http://www.gruene-bundestag.de/cms/beschluesse/dokbin/377/377247.kammern_der_zukunft.pdf

Die Kammern in Deutschland sind als Selbstverwaltungseinrichtungen der Wirtschaft organisiert und haben einen besonderen Stellenwert. Die rechtliche Grundlage wurde in der Vergangenheit mehrfach überprüft und zuletzt durch das Bundesverfassungsgericht bestätigt. Wir erkennen an, dass die Kammern wichtige Aufgaben zur wirtschaftspolitischen Interessenwahrnehmung der Unternehmen im jeweiligen IHK- Bezirk übernehmen. Wir erwarten allerdings eine grundlegende Reformierung der Kammern und haben dies auch in unserem Positionspapier ausführlich formuliert. Dazu gehört mehr Transparenz, echte Interessenswahrnehmung, eine Aufwertung der Vollversammlung und eine Modernisierung und Entbürokratisierung der inneren Organisationsstruktur. Die Kammern müssen, wenn sie als Interessenvertretung der ganzen Wirtschaft fungieren wollen, durchsichtiger, interkultureller und demokratischer werden. Zudem erwarten wir, dass sie sich künftig verstärkt kleinere und mittlere Unternehmen, Unternehmer mit Migrationshintergrund und Frauen für ihre Gremien gewinnen. Sonst ist die Pflichtmitgliedschaft nicht länger vertretbar. Die Doppelmitgliedschaft in Kammern wollen wir ersatzlos streichen.

Wir Grünen haben einen Reformpfad vorgelegt und erwarten von den Kammerverantwortlichen Bereitschaft zur Veränderung. In einigen Bezirken findet derzeit ein Generationenwechsel statt und damit auch die Erkenntnis, dass ein Modernisierungsprozess unumgänglich ist. Schaffen die Kammern es nicht, sich von innen heraus zu öffnen und ihre alten Zöpfe abzuschneiden, haben sie aus unserer Sicht keine Legitimation mehr.

Zur Frage 10

Im Koalitionsvertrag von CDU und SPD aus dem Jahr 2005 war eine Evaluierung der Novellierung der Handwerksordnung vorgesehen, die bis heute nicht vorgenommen wurde. Werden Sie sich dafür einsetzen?

Eine aussagekräftige Datenbasis zur Entwicklung im Bereich Existenzgründung, Ausbildung und Schwarzarbeit liegt in der Tat bis heute leider nicht vor. Auch sonst fehlt uns die notwendige empirische Grundlage, um die Auswirkungen der Handwerkrechtsnovelle aus dem Jahr 2004 sachgerecht zu bewerten. Deshalb haben wir wiederholt von der Bundesregierung eine umfassende Evaluierung gefordert. Diese Evaluation ist absolut überfällig und muss sehr schnell in der neuen Legislaturperiode angegangen werden. Dafür werden wir uns einsetzen.

Zur Frage 11.

Laut Handwerksordnung werden ertragsschwache Betriebe, die vor dem 31.12.2003 gegründet wurden im Unterschied zu Betrieben, die ab dem 01. 01. 2004 gegründet wurden, nicht vom Beitrag befreit. Werden Sie sich für eine Entlastung auch der Alt-Betriebe einsetzen?

Diese Regelung ist eine nicht nachvollziehbare Ungleichbehandlung. Ertragsschwache Betriebe sollten grundsätzlich vom Beitrag befreit werden.

Zur Frage 12.

Laut Handwerksordnung ist in den Handwerkskammern die sogenannte "Friedenswahl" zulässig, die von Verfassungsrechtlern aber als verfassungswidrig bezeichnet wird. Werden Sie sich für die Abschaffung der "Friedenswahl" einsetzen?

Siehe Antwort zu Fragen 1 - 9

Zur Frage 13.

Handwerkskammer und berufsständische Kammern veröffentlichen nur in Ausnahmefällen ihre Wirtschaftsdaten. Werden Sie sich dafür einsetzen, die Kammern zu mehr Transparenz zu verpflichten?

Siehe Antwort zu Fragen 1 - 9

Zur Frage 14.

Was halten Sie von der Einführung von Pflegekammern mit Zwangsmitgliedschaft?

Eine Pflegekammer könnte dazu beitragen, die Professionalisierung des Pflegeberufs voranzubringen und der Pflege mehr Gehör zu verschaffen. Mit einer Kammererrichtung muss aber auch die Frage nach einem eigenen Versorgungswerk geklärt werden, was erheblicher finanzieller Mittel bedarf.

Allerdings sollten die Erwartungen an eine Kammer nicht überhöht sein, denn viele der drängenden Probleme der Pflege wird sie nicht lösen können. Dazu gehören beispielsweise die angemessene Vergütung, die gesellschaftliche Anerkennung oder Maßnahmen gegen den Mangel an Pflegekräften. Die Zwangsmitgliederschaft sehen wir skeptisch, weil sie dem Grundsatz der Selbstbestimmung widerspricht. Wir sind der Auffassung, dass der Berufsstand nach Aufklärung über das Für und Wider selbst entscheiden sollte, ob er eine Kammer oder ggf. andere Optionen für eine geeignete Interessensvertretung hält.

Mit freundlichen Grüßen

Ingrid Hönlinger MdB

Sprecherin für Demokratiepolitik

Obfrau im Rechtsausschuss

Vorsitzende der deutsch-südamerikanischen Parlamentariergruppe

auf facebook: Ingrid Hönlinger

auf Twitter: @hoenlinger

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. 030-227-73064, Fax: 030-227-76064

Wahlkreis: Ludwigsburg in Baden-Württemberg